

Herr Gleß stellte die Verwaltungsvorlage vor.

Herr Pätzold sagte, die Bedenken, die man bezüglich der Mobilitätsstation geäußert habe, seien von der Verwaltung gut aufgegriffen worden. Die erreichte Lösung finde er akzeptabel.

Bezüglich der Förderschulen erläuterte er drei Punkte, die der GRÜNEN Fraktion wichtig seien:

1. Erhalt der Baumallee
2. Vermeidung der Zufahrt zu den Förderschulen über die Baumallee/den Schulweg zum Rhein-Sieg-Gymnasium
3. Erhalt der Förderschulen sowie Ermöglichung von Entwicklung unter Berücksichtigung der Punkte 1 und 2

Auch Herr Schütze zeigte sich mit der Verlegung der Mobilitätsstation einverstanden. Man sei stolz darauf, die Förderschulen in Sankt Augustin zu haben. Die Verwaltung habe den Förderschulen ein gutes Angebot zur Erweiterung gemacht. Die Förderschulen würden auch etwas an Sankt Augustin haben durch die Nähe zu Kinderklinik, Zentrum und Grünem C, der Standort sei sehr attraktiv. Eine gemeinsame Anbindung sei da nicht zu viel verlangt.

Die Teilung des Bebauungsplanes halte man für einen sehr guten Vorschlag.

Herr Knülle teilte die Ansichten seiner Vorredner.

Außerdem fragte er, warum zwei Gebäude im Plan gedreht worden seien.

Herr Puffe ergänzte, dass aus der letzten Beratung noch die Frage offen sei, ob die Mobilitätsstation in dieser Dimension wirklich erforderlich sei oder ob man sie etwas kleiner halten könne.

Mit den Förderschulen müsse man einen Kompromiss finden. Dabei müsse man das einleuchtende Argument des LVR, dass die Ebenendigkeit bei einer Schule zur Förderung von motorisch eingeschränkten Schülern von großer Bedeutung sei, berücksichtigen.

Die Teilung des Bebauungsplanes halte man für sinnvoll.

Auch Herr Köhler machte deutlich, mit der neuen Position der Mobilitätsstation leben zu können. Um die Interessen Baumallee und Schulen in Einklang zu bringen, benötige es Zeit, die Teilung des Bebauungsplanes werde man also unterstützen.

Herr Gleß bestätigte, dass die Teilung des Bebauungsplanes auch sein Favorit sei. Man werde diese in die nächste Sitzung einbringen.

Frau Scharmach erklärte im Hinblick auf die Stellung der Baukörper, dass man die Anregung aus der letzten Beratung, die Baukörper zu drehen, damit kein Riegel entstehe, aufgegriffen habe.

Der Ausschuss fasste folgenden Beschluss: